

258

Prof. Dr. Christoph Möllers

1 BvR 1873/13, 1 BvR 2618/13 und 1 BvR 1732/14

Soweit sich die genannten Verfassungsbeschwerdeverfahren gegen bundesgesetzliche Regelungen richten, nehme ich für die Bundesregierung wie folgt Stellung:

Die Beschwerden sind nur teilweise zulässig (A.), sie sind zur Gänze unbegründet (B.).

Inhaltsverzeichnis

A. Zur Zulässigkeit der Anträge.....	3
1. Fehlende Beschwerdefähigkeit im Verfahren 1 BvR 1732/14 ...	3
2. Verfristung der Beschwerde gegen § 15 Abs. 5 Satz 4 TMG ...	4
B. Zur Begründetheit der Anträge.....	5
I. Zur Verfassungsmäßigkeit von § 113 TKG.....	5
1. Gesetzgebungskompetenz aus Art. 73 Abs. 1 Nr. 7 GG	5
2. Keine unverhältnismäßige Massenabfrage in § 113 TKG	6
3. Prinzip der Normenklarheit	10
4. Vereinbarkeit von § 113 Abs. 1 Satz 3 TKG mit Art. 10 GG .	11
a) Schutzbereichseröffnung.....	11
b) Öffnungsfunktion des § 113 TKG: unvollständiger Eingriff	12
c) Maßstäbe für die Verwendung von Verkehrsdaten bei der Bestandsdatenabfrage.....	13
d) Keine Gefahr der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten....	14
5. Übermittlung unrechtmäßig gespeicherter Daten	15
6. Keine Umgehung der Vorschriften zur Verkehrsdatenerhebung	16
7. Statistiken und Benachrichtigungspflichten	17

257

II. Verfassungsmäßigkeit der fachgesetzlichen Rechtsgrundlagen im Bundesrecht	18
1. Eingriffsschwellen für die Bestandsdatenabfrage	18
a) Grundsätzlich.....	18
b) Insbesondere: Auskunft zur Erfüllung einer Zentralstellenfunktion.....	19
c) Bestandsdatenabfrage zur Erfüllung sonstiger gesetzlicher Aufgaben: § 20b Abs. 3, 22 Abs. 2, 26 Abs. 1 S. 3 BKAG, 22a BPolG.....	20
d) Nachrichtendienstliche Zugriffsrechte.....	22
e) Insbesondere: Eingriffsschwellen für die Identifizierung von dynamischen IP-Adressen.....	23
2. Abfrage von Zugangssicherungs_codes	24
a) Materieller Maßstab für die Abfrage von Zugangssicherungs_codes.....	24
b) Normenklarheit der Rechtsgrundlagen.....	25
c) „Subsidiarität“ der Abfrage von Zugangssicherungs_codes?..	25
d) Richtervorbehalt für Zugriff auf Zugangssicherungs_codes..	26
III. § 15 Abs. 5 Satz 4 TMG	27
IV. Wahrung des Zitiergebots	28

Die Verfassungsbeschwerden 1 BvR 1873/13 und 1 BvR 2618/13 richten sich auf der Ebene des Bundesrechts gegen das „Gesetz zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes und der Neuregelung der Bestandsdatenauskunft“ vom 20. Juni 2013,

BGBI. I 2013, S. 1602,

mit welchem der Gesetzgeber die Normen zur Bestandsdatenabfrage durch die Sicherheitsbehörden des Bundes einheitlich geregelt und dabei den Vorgaben einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts,

BVerfG, Beschluss vom 24. Januar 2012, 1 BvR 1299/05, BVerfGE 130, 151,

angepasst hat. Die verfassungsrechtlichen Einwände der Beschwerdeführer werden sich auf der Ebene des materiellen Rechts weitestgehend unter Rückgriff auf diese Entscheidung zurückweisen lassen.

168

Die Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1732/14 richtet sich auf bundesgesetzlicher Ebene gegen § 15 Abs. 5 Satz 4 TMG, der die Auskunft über Nutzungsdaten von Telemedien betrifft.

A. Zur Zulässigkeit der Anträge

Die Anträge sind nur teilweise zulässig. Den Anträgen der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1732/14 fehlt es bereits an der Beschwerdefähigkeit der Beschwerdeführer (1.). Die Beschwerde ist, soweit sie sich gegen § 15 Abs. 5 Satz 4 TMG richtet, zudem verfristet (2.).

1. Fehlende Beschwerdefähigkeit im Verfahren 1 BvR 1732/14

Den Beschwerdeführern im Verfahren 1 BvR 1732/14 fehlt es an der notwendigen Beschwerdefähigkeit.

Die Beschwerdeführer dieser Verfassungsbeschwerde formulieren ihre Verfassungsbeschwerde sowohl ausweislich ihres Briefkopfs als auch ihrer Zusammensetzung als „Piratenfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag“. Als Mitglieder einer Parlamentsfraktion sind die Beschwerdeführer Teil der Staatsgewalt des Landes Schleswig-Holstein. Sie verfügen damit über Organkompetenzen sowie über spezifische verfassungsprozessuale Rechtsschutzmöglichkeiten. Dagegen sind sie nicht als „Jedermann“ im Sinne von Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG anzusehen. Die Verfassungsbeschwerde steht allein grundrechtsberechtigten Rechtssubjekten zu. Organträger sind als Teile der Staatsgewalt in dieser Eigenschaft nicht grundrechtsberechtigt,

zuletzt BVerfGE 143, 246 (313 ff.).

Die Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1732/14 lässt sich auch nicht rechtsschutzfreundlich umdeuten. Vielmehr weisen die Beschwerdeführer in der Beschwerde ausdrücklich auf ihren Status als Landtagsabgeordnete hin und verbinden diesen mit der Darstellung der Relevanz der geltend gemachten Rechte (Antragsschrift v. 24. Juni 2014, S. 2). Dieser Eindruck wird auch nicht dadurch korrigiert, dass die Beschwerdeführer sich in der Verfassungsbeschwerde auf Grundrechte des Grundgesetzes, nicht auf Organrechte berufen. Die Prüfung der Beschwerdefähigkeit dient ja gerade der Klärung der Frage, ob die Beschwerdeführer über die Rechte verfügen, auf die sie sich in ihrer Beschwerde berufen.

261

Damit kann die für andere Verfahrensarten zu stellende Frage, welche prozessualen Konsequenzen das rechtliche Ende der Piratenfraktion nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 7. Mai 2017 hat,

vgl. für das Ausscheiden eines einzelnen Abgeordneten: BVerfGE 108, 251 (270 f.); BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 27. November 2007 - 2 BvK 1/03 - Rn. 18; aus der Bundesversammlung: BVerfGE 136, 277 (299 f.).

hier dahingestellt bleiben.

2. Verfristung der Beschwerde gegen § 15 Abs. 5 Satz 4 TMG

Die Beschwerde gegen § 15 TMG Abs. 5 Satz 4 ist verfristet. Die Norm wurde durch Gesetz vom 26. Februar 2007 verabschiedet und trat am 1. März 2007 in Kraft. Damit war die Jahresfrist des § 93 Abs. 3 BVerfGG zum Zeitpunkt der Beschwerdeerhebung am 24. Juni 2014 bereits abgelaufen.

Entgegen der Darstellung der Beschwerdeführer wird der Ablauf der Beschwerdefrist auch nicht dadurch gehemmt, dass die Norm mit Inkrafttreten anderer Normen, namentlich der Neufassung des § 113 TKG, eine andere Bedeutung bekommen habe und daher auch neu angreifbar sei. Selbst wenn die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eine von den Beschwerdeführern in Anspruch genommene ungeschriebene neue Ingangsetzung von Beschwerdefristen in dieser Form in manchen Fällen kennt,

BVerfGE 100, 313 (356); 78, 350 (356); Schlaich/Korioth, Das Bundesverfassungsgericht, 10. Aufl. Rn. 243,

beruht die Darstellung der Beschwerdeführer, die einen solchen Fall als hier gegeben unterstellt, auf unrichtigen Annahmen.

Denn anders als die Beschwerdeführer im Verfahren 1 BvR 1732/14 behaupten, war die Frage, inwieweit IP-Adressen unter Berufung auf § 113 TKG a.F. abgerufen werden können, Gegenstand einer großen Debatte und einer geteilten gerichtlichen Praxis,

Nachweise bei BVerfGE 130, 151 (162 f.).

Die potentielle Bedeutung des § 15 Abs. 5 S. 4 TMG für die verfassungsrechtliche Beurteilung der Reichweite der Bestandsdatenabfrage ist damit nicht erst durch die Neufassung von § 113 TKG entstanden.

26 I

B. Zur Begründetheit der Anträge

Die Beschwerden sind nicht begründet. Die angegriffenen Regelungen, die Öffnungsregel zur manuellen Bestandsdatenabfrage in § 113 TKG (I.) und die einzelnen Zugriffsbefugnisse des Bundesrechts (II.) sowie § 15 Abs. 5 Satz 4 TMG (III.), entsprechen den Vorgaben des Grundgesetzes, auch das Zitiergebot ist gewahrt (IV.).

I. Zur Verfassungsmäßigkeit von § 113 TKG

1. Gesetzgebungskompetenz aus Art. 73 Abs. 1 Nr. 7 GG

§ 113 TKG wurde vom Bundesgesetzgeber kompetenzgemäß erlassen.

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes ergibt sich aus seiner kraft Sachzusammenhang entstandenen ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz für die Telekommunikation.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zur Bestandsdatenauskunft vom 24. Januar 2012 die Reichweite dieser Kompetenz für eine Regelung des manuellen Auskunftsverfahrens ausdrücklich konkretisiert,

BVerfGE 130, 151 (200 ff.).

Demnach umfasst die Gesetzgebungskompetenz aus Art. 73 Abs. 1 Nr. 7 GG Regelungen zur Übermittlungsbefugnis und Übermittlungsverpflichtung der Anbieter von Telekommunikationsdiensten (speziell durch eine gesetzliche Zweckregelung), wohingegen sich die Gesetzgebungskompetenz zur Regelung einer Datenerhebung durch Übermittlungsverlangen (behördlicher Datenabruf), nach der mit der Datenerhebung verfolgten Aufgabe bestimmt,

BVerfGE 130, 151 (200 f.).

Diesen Vorgaben entsprechen die Regelungen des § 113 TKG. Sie spezifizieren, welche Unternehmen zur Übermittlung von welcher Art von Daten verpflichtet sein können (Abs. 1), sie spezifizieren weiterhin verfassungsrechtlich gebotene datenschutzrechtliche Anliegen mit Blick auf Art und Zwecke (Abs. 2) und Empfängerbehörden (Abs. 3) sowie spezifische datenschutzrechtliche, die Verhältnismäßigkeit der Übermittlung sicherstellende Pflichten der auskunftspflichtigen Unternehmen (Abs. 4 und 5). Geregelt werden dabei ausschließlich Übermittlungen auf Verlangen, d.h. die Befugnis ist tatbestandlich bedingt durch ein entsprechendes

Verlangen, das seinerseits eine - in § 113 TKG nicht enthaltene - Befugnis voraussetzt. Aus all dem ergibt sich keine selbstständige Befugnis zur Auskunft aus § 113 TKG, vielmehr müssen im Ergebnis kumulativ auch die - gesondert geregelten - Voraussetzungen der Datenerhebung für ein zulässiges Auskunftsverlangen vorliegen. 268

Dem Vorbringen der Beschwerdeführer, der Bund sei zum Erlass von § 113 Abs. 3 und 4 TKG nicht zuständig, da es den Ländern überlassen bleiben müsse, in welchem Zeitrahmen und Umfang sie zur Auskunftserteilung oder zum Stillschweigen verpflichtet, kann nicht gefolgt werden. Diese Regelungen befugen nicht zum Auskunftsverlangen und sie begründen auch keine selbstständigen Auskunftspflichten. Vielmehr konkretisiert § 113 Abs. 3 TKG die Stellen, gegenüber denen überhaupt nur eine Auskunftspflicht in Betracht kommt, und dient somit den Anforderungen der Bestimmtheit der Norm und der Verhältnismäßigkeit.

Die Vorgabe der unverzüglichen und vollständigen Übermittlung der zu beauskunftenden Daten in § 113 Abs. 4 Satz 1 TKG sowie die Anordnung des Stillschweigens über die Auskunft in § 113 Abs. 4 Satz 2 TKG adressieren allein die betroffenen Unternehmen und präzisieren deren Pflichten. Insoweit werden nicht Verwaltungsaufgaben der Empfängerbehörden, sondern sektorale Unternehmenspflichten auf dem Gebiet der Telekommunikation gemeinwohldienlich geregelt.

2. Keine unverhältnismäßige Massenabfrage in § 113 TKG

§ 113 TKG stellt keinen unverhältnismäßigen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG dar. Entgegen der Annahme in der Beschwerdeschrift erlaubt die Vorschrift keine einzelfallgelösten Massenabfragen, vielmehr behält § 113 Abs. 2 TKG bei, dass ein Auskunftsverlangen „im Einzelfall“ vorliegen muss. Eine Unverhältnismäßigkeit ergibt sich insbesondere nicht aus § 113 Abs. 5 S. 2 TKG i.V.m. der Technischen Richtlinie nach § 110 Abs. 3 TKG, der für die manuelle Auskunft Unternehmen einer bestimmten Größe zur Einrichtung einer elektronischen Schnittstelle verpflichtet.

Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung schützt die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen,

BVerfGE 65, 1 (43),

und umfasst auch personenbezogene Informationen über die näheren Umstände der Bereitstellung von Telekommunikationsdiensten,

BVerfGE 130, 151 (184).

Bestandsdaten weisen allerdings einen für sich gesehen begrenzten, das Gewicht von Eingriffsmaßnahmen erheblich senkenden Informationsgehalt auf, was bei der Frage der Verhältnismäßigkeit von Eingriffsmaßnahmen zentral zu berücksichtigen ist,

BVerfGE 130, 151 (189 f., 197, 205).

Das Bundesverfassungsgericht geht davon aus, dass einer Regelung, die Datenabfragen sehr vereinfacht, indem sie durch ein zentral zusammengefasstes und automatisiertes Verfahren die Daten der Betroffenen ohne zeitliche Verzögerungen oder Reibungsverluste in Form von Prüferfordernissen zur Verfügung stellt, ein erhöhtes Eingriffsgewicht - verbunden mit erhöhten Anforderungen an die Rechtfertigung - zukommen kann,

für § 112 TKG: BVerfGE 130, 151 (196).

Im Vergleich hierzu hat das Bundesverfassungsgericht für die Regelung der manuellen Abfrage nach § 113 Abs. 1 Satz 1 TKG a.F. im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung berücksichtigt, dass ein manuelles Auskunftsverfahren für die abfragende Behörde einen gewissen Verfahrensaufwand mit sich bringt, der dazu beitragen dürfte, dass die Behörde die Auskunft nur bei hinreichendem Bedarf einholt

BVerfGE 130, 151 (206).

Vor diesem Hintergrund erweist sich auch die Neufassung des § 113 TKG als verhältnismäßig:

Mit Blick auf die materiellen Zugriffsgrenzen ordnet § 113 Abs. 2 Satz 1 TKG an, dass ein Ersuchen nur im Einzelfall und in Textform gestellt werden kann. Damit ist sichergestellt, dass die Abfrage nicht pauschal und ohne konkreten Anlass erfolgen kann. Dieses Erfordernis wird durch die im Folgenden spezifizierten Zwecke der Abfrage weiter konkretisiert.

Nicht nachzuvollziehen ist, warum der in § 113 Abs. 2 Satz 1 TKG klar-gestellte notwendige Einzelfallbezug von den Beschwerdeführern in Abrede gestellt wird. Die von ihnen vorgestellten semantischen Alternativen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die bestehende Regelung genau

261

in der gleichen Art und Weise auf einen Einzelfall bezogen ist, wie die vom Bundesverfassungsgericht insoweit unbeanstandet gebliebene Vorgängerregelung des § 113 Abs. 1 Satz 1 TKG a.F. Wenn dieser davon sprach, dass das Unternehmen im Einzelfall Auskunft zu erteilen habe, während die vorliegende Regelung formuliert, dass die Behörde die Auskunft im Einzelfall verlangen müsse, so macht dies im Ergebnis keinen Unterschied, wenn auch die aktuelle Regelung genauer erscheint. In beiden Fällen geht es darum, dass sich die Abfragen auf ein spezifisches Datum beziehen müssen. In der aktuellen Regelung ist klar gestellt, dass diese Spezifizierung von der Behörde ausgehen muss - und ihr Pendant in den entsprechenden Befugnisnormen haben muss,

dazu unten, S. 18 ff.

Mit Blick auf das unternehmensinterne Verfahren ordnet § 113 Abs. 5 S. 3 TKG an, dass dafür Sorge zu tragen ist, dass jedes Auskunftsverlangen durch eine verantwortliche Fachkraft auf Einhaltung der in § 113 Abs. 2 TKG genannten formalen Voraussetzungen geprüft und die weitere Bearbeitung des Verlangens erst nach einem positiven Prüfergebnis freigegeben wird,

vgl. BT-Drs. 17/12034, S. 12.

Damit ist entgegen der Interpretation der Beschwerdeführer ausgeschlossen, dass die elektronische Schnittstelle zu einer „drastischen Ausweitung des staatlichen Zugriffs auf Kommunikationsdaten führen“ oder auch eine „automatisierte Massendatenabfrage[] und -auswertung[]“ ermöglichen wird.

Die gesicherte elektronische Schnittstelle soll namentlich die Datensicherheit im Vergleich zu der reinen Abfrage in Textform erhöhen,

siehe auch die Gesetzesbegründung in BT-Drs. 17/12034, S. 12.

Mit der Neuregelung hat der Gesetzgeber sowohl sichergestellt, dass eine automatisierte Schnittstelle gerade nicht „in die behördliche Datenverarbeitung integriert“ wird, als auch ausgeschlossen, dass Abfragen nach § 113 TKG in sonstiger Weise routinemäßig durchgeführt werden. Der mit einem manuellen Abfrageverfahren verbundene Verfahrensaufwand bleibt bestehen. Lediglich der Übertragungsweg kann sich ändern. Auch die Vergütungspflicht (bspw. § 7 Abs. 7 S. 2 BKAG) sowie die aus der Abfrage

266

folgende Benachrichtigungspflicht (bspw. § 7 Abs. 6 BKAG) verhindern in der Praxis eine routinemäßige Massenabfrage.

Auch der Umstand, dass die verpflichteten Unternehmen weder dazu berechtigt noch in aller Regel in der Lage sein dürften zu prüfen, ob Auskünfte im Einzelfall rechtmäßig sind, hat nicht zur Folge, dass keine Einzelfallprüfung erfolgen würde. Es liegt auf der Hand, dass private Telekommunikationsdiensteanbieter nicht behördliches Handeln kontrollieren können. Die Verantwortung für die einzelne Entscheidung bleibt bei den zuständigen Behörden,

vgl. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - BT-Drs. 17/12879, S. 10, und allgemein sogar für andere öffentliche Stellen: § 15 Abs. 2 Satz 2 BDSG.

Eine Einzelfallprüfung erfolgt aber auch durch die übermittelnde Stelle, die sicherstellt, dass die nach § 113 Abs. 2 TKG geforderten Angaben im Ersuchen enthalten sind und dass diese Angaben den Empfängeraufgaben entsprechen.

Praktisch unterscheidet sich das manuelle Abfrageverfahren in der Fallzahl sehr deutlich vom automatisierten Abrufverfahren nach § 112 TKG. Es ist auch in der Praxis weit entfernt von einem Massendatenverfahren, sondern wird sparsam genutzt. Es kommt typischerweise in Betracht, wenn im Rahmen der automatischen Abfrage nach § 112 TKG keine oder nur unzureichende Informationen erlangt werden können, weil weitere Bestandsdaten benötigt werden oder die für den Anschluss verantwortliche Person noch nicht identifiziert werden konnte.

In den meisten Fällen ist dagegen eine Abfrage nach § 112 TKG ausreichend. Jeder manuellen Abfrage von Bestandsdaten geht dabei eine Prüfung der Umstände des Einzelfalls voraus, eine automatisierte Abfrage mehrerer Rufnummern oder IP-Adressen erfolgt nicht. Zudem werden bei der manuellen Abfrage regelmäßig nicht alle Daten abgefragt, die technisch abgefragt werden könnten.

So betrug beispielsweise beim BfV im Jahr 2016 die Zahl der Auskunftersuchen nach § 113 TKG weniger als 2% der Fallzahl von Anfragen nach § 112 TKG. Die mit der Neuregelung eingeführte Schnittstelle hat auch nicht zu einer erkennbaren Zunahme der manuellen Bestandsdatenabfragen geführt.

3. Prinzip der Normenklarheit

§ 113 TKG genügt auch dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Normenklarheit, insbesondere wird durch ihn keine vermeintliche Herausgabepflicht ohne spezifische Rechtsgrundlage begründet.

Der Grundsatz der Normenklarheit, der bei Eingriffen in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung die Zweckbindung der Datenerhebung verstärkt, verlangt, dass Anlass, Zweck und Umfang des jeweiligen Eingriffs durch den Gesetzgeber bereichsspezifisch, präzise und klar festzulegen sind,

BVerfGE 130, 151 (202).

Auch aufgrund dieser Vorgabe sah es das Bundesverfassungsgericht als geboten an, § 113 Abs. 1 TKG a.F. verfassungskonform als eine Öffnungsklausel zu interpretieren und entsprechend so zu verstehen, dass für das Übermittlungsverlangen einer Behörde weitere qualifizierte Abrufnormen notwendig seien, die über eine schlichte Datenerhebungsbefugnis hinausgingen, indem sie spezifisch auch die Verpflichtungswirkung des Verlangens eigenständig begründen,

BVerfGE 130, 151 (202 f.).

Die beschwerdegegenständliche Gesetzesfassung setzt diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts um. Nach § 113 Abs. 2 S. 1 TKG darf die Auskunft nur erteilt werden, soweit eine der in Abs. 3 genannten Behörden diese unter Verweis auf eine gesetzliche Befugnis verlangt, die ihr die Erhebung der in Abs. 1 bestimmten Daten gestattet.

Der Gesetzgeber hat damit klargestellt, dass es - im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts - für die Datenabfrage einer qualifizierten Rechtsgrundlage für die abrufende Stelle bedarf,

BT-Drs. 17/12034, S. 12,

und die dafür in Frage kommenden Stellen eindeutig und abschließend bestimmt sind.

Dementsprechend wurden im Gefolge der Reform des TKG im Anschluss an die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zahlreiche fachgesetzliche Rechtsgrundlagen zum Abruf von Bestandsdaten geschaffen.

„Qualifiziert“ sind diese durch eine ausdrückliche Bezugnahme auf Daten nach §§ 95, 111 TKG,

268

vgl. §§ 7 Abs. 3 S. 1, 20b Abs. 3 S. 1, 22 Abs. 2 S. 1 BKAG, § 22a Abs. 1 S. 1 BPolG, §§ 7 Abs. 5 S. 1, 15 Abs. 2 S. 1 ZFdG, § 8d Abs. 1 S. 1 BVerfSchG, § 4 S. 1 BNDG, § 4b S. 1 MADG.

Aus dieser Referenz ergibt sich, dass der Gesetzgeber allgemeine Datenerhebungsbefugnisse ohne expliziten Bezug auf Bestandsdaten nicht als ausreichende Rechtsgrundlagen für den zur Übermittlung verpflichtenden Abruf ansieht.

Fehl geht insoweit der Hinweis der Beschwerdeführer, dass es § 113 TKG an einem mit § 88 Abs. 3 Satz 3 TKG vergleichbaren einfachgesetzlichen Zitiergebot fehle, und dies die Normenklarheit der Regelung in Frage stelle. Die Regelung in § 88 Abs. 3 Satz 3 TKG betrifft allein die Pflichten von Telekommunikationsdienstleistern, nicht wie in § 113 TKG das Zusammenspiel von deren Pflichten mit Befugnissen von Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern. Ein entsprechendes einfachgesetzliches Zitiergebot wäre schon aus kompetenziellen Gründen nicht durchweg zulässig.

4. Vereinbarkeit von § 113 Abs. 1 Satz 3 TKG mit Art. 10 GG

Die durch § 113 Abs. 1 Satz 3 TKG ermöglichte Identifizierung von Bestandsdaten anhand von Verkehrsdaten verstößt nicht gegen Art. 10 Abs. 1 GG.

a) Schutzbereichseröffnung

Grundsätzlich umfasst das von Art. 10 Abs. 1 GG geschützte Kommunikationsgeheimnis sowohl die Inhalte als auch die näheren Umstände des Kommunikationsvorgangs, wie etwa Informationen dazu ob, wann und wie oft welche Personen miteinander kommuniziert haben,

BVerfGE 125, 260 (309); 130, 151 (179).

Anders als die Zuordnung einer Telefonnummer oder - nach gegenwärtigem Stand der Technologie - einer statischen IP-Adresse, fällt die Identifizierung einer dynamischen IP-Adresse in den Schutzbereich von Art. 10 Abs. 1 GG, da sie voraussetzt, dass die Telekommunikationsunternehmen die konkreten, von Art. 10 Abs. 1 GG geschützten, Verbindungsdaten ihrer Kunden technisch mit dem Anfragedatensatz abgleichen müssen, was im Trefferfall wegen weiterer Nutzung des vom Fernmeldegeheimnis geschützten Datums in Art. 10 Abs. 1 GG eingreift,

BVerfGE 130, 151 (181).

Das Bundesverfassungsgericht hat die mit einer Zuordnung von dynamischen IP-Adressen einhergehende Identifizierung von Kommunikationsvorgängen trotz ihrer größeren Persönlichkeitsrelevanz nicht schlechthin für verfassungswidrig gehalten sondern - jenseits der Frage der Vereinbarkeit einer konkreten gesetzlichen Regelung mit Art. 10 GG - unter den Vorbehalt einer

„hinreichend klaren Entscheidung des Gesetzgebers, ob und unter welchen Voraussetzungen eine solche Identifizierung erlaubt werden soll.“, BVerfGE 130, 151 (204),

gestellt.

Diese klare Entscheidung findet sich nunmehr in § 113 Abs. 1 Satz 3 TKG, demzufolge die in eine Auskunft aufzunehmenden Daten auch anhand einer dynamischen IP-Adresse ermittelt werden und dafür Verkehrsdaten automatisiert ausgewertet werden dürfen:

b) Öffnungsfunktion des § 113 TKG: unvollständiger Eingriff

Bei der verfassungsrechtlichen Bewertung des § 113 Abs. 1 Satz 3 TKG am Maßstab des Art. 10 GG ist zudem zu berücksichtigen, dass ein Eingriff in Art. 10 Abs. 1 GG durch die Verwendung von Verkehrsdaten nur unvollständig in der Norm selbst geregelt wird - und aus kompetenziellen Gründen auch nur geregelt werden darf.

Das Bundesverfassungsgericht stellt in diesem Zusammenhang fest:

„Soweit der Gesetzgeber die Telekommunikationsunternehmen dazu verpflichtet, auf diese Daten zurückzugreifen und sie für die staatliche Aufgabenwahrnehmung auszuwerten, liegt darin ein Eingriff in Art. 10 GG. Dies ist nicht nur dann der Fall, wenn die Diensteanbieter die Verbindungsdaten selbst herausgeben müssen, sondern auch dann, wenn sie sie als Vorfrage für eine Auskunft nutzen müssen.“, BVerfGE 130, 151 (182).

Die Pflicht der Unternehmen auf Verkehrsdaten „zurückzugreifen und auszuwerten“ verwirklicht sich aber erst mit der konkreten Abfrage von Bestandsdaten, die ihrerseits nur möglich ist, wenn eine selbstständige Befugnisnorm vorliegt, die die zuständige Behörde zu dieser Abfrage ermächtigt hat.

Nicht alle der verfassungsrechtlich gebotenen materiellen und verfahrensrechtlichen Vorgaben können aber in der Öffnungsnorm des TKG geregelt werden, genau weil diese nicht als Vollnorm ausgestaltet werden darf. Insoweit ergibt sich eine abschließende verfassungsrechtliche Beurteilung nur aus der Zusammenschau von Öffnungsnorm und Abrufbefugnis.

148

c) Maßstäbe für die Verwendung von Verkehrsdaten bei der Bestandsdatenabfrage

Für die Verwendung von Verkehrsdaten zur Ermittlung der hinter einer IP-Adresse stehenden verantwortlichen Person zu einem Telekommunikationsanschluss gelten nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus zwei Gründen weniger strenge verfassungsrechtliche Maßstäbe als für die unmittelbare Verwendung von Verkehrsdaten: Dies ist zum Ersten der Fall, weil immer nur ein bestimmter Teil der vorhandenen Verkehrsdaten verwendet wird, um das Bestandsdatum zu ermitteln. Insofern bleibt es dabei, dass die Verkehrsdaten nur als ein Mittel zum Zweck verwendet werden und bei ihrer Verwendung nicht alle persönlichkeitsrelevanten Informationen erfasst werden, die man ihnen theoretisch entnehmen könnte. Der weniger strenge Maßstab rechtfertigt sich zum Zweiten daraus, dass staatliche Behörden selbst bei dieser eingeschränkten Verwendung der Verkehrsdaten keinen Einblick in diese erhalten,

BVerfGE 125, 260 (340 f.).

Insbesondere darf der Gesetzgeber laut Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Auskünfte über die Identifizierung von dynamischen IP-Adressen

„auch unabhängig von begrenzenden Rechtsgüter- oder Straftatenkatalogen für die Verfolgung von Straftaten, für die Gefahrenabwehr und die Aufgabenwahrnehmung der Nachrichtendienste auf der Grundlage der allgemeinen fachrechtlichen Eingriffsermächtigungen zulassen“, BVerfGE 125, 260 (343).

Die von den Beschwerdeführern erwünschte Beschränkung des Anwendungsbereichs auf Straftaten von erheblichem Gewicht sowie auf Gefahren für wichtige Rechtsgüter ist damit verfassungsrechtlich ebenso wenig geboten wie ein Richtervorbehalt.

Sicherzustellen ist nach dem Bundesverfassungsgericht vielmehr,

„dass eine Auskunft nicht ins Blaue hinein eingeholt werden, sondern nur aufgrund eines hinreichenden Anfangsverdachts oder einer konkreten Gefahr auf einzelfallbezogener Tatsachenbasis erfolgen darf“, BVerfGE, 125, 260 (343).

Dies gelte für die Nachrichtendienste ebenso wie für alle zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständigen Behörden.

21+1

Dass diesem Erfordernis durch den Bezug auf eine Gefahr im Einzelfall im Kontext der Gefahrenabwehr wie auch der anderen sicherheitsbehördlichen Aufgaben genüge getan wurde, hat das Bundesverfassungsgericht bereits in seiner Entscheidung zur alten Regelung der Bestandsdatenabfrage anerkannt, in dem es für den § 113 TKG a.F. einerseits feststellte, dass der konkrete Einzelfallbezug der Regelung zwar nur eine niedrige Eingriffsschwelle darstelle, diese es aber andererseits ausschließe, dass die Verwendung der Verkehrsdaten zu einer unkontrollierten Suche „ins Blaue hinein“ geraten könne. Damit entfaltet eine solche Beschränkung eine rechtfertigende „begrenzende Wirkung“,

BVerfGE 130, 151 (205 f.).

Diesen Vorgaben werden die aktuellen Vorschriften gerecht. § 113 Abs. 2 TKG sieht eben vor, dass die Auskunft nur erteilt werden darf, soweit sie im Einzelfall der Strafverfolgung,

zur Frage der Ordnungswidrigkeiten sogleich cc,

der Gefahrenabwehr oder der Aufgabenerfüllung der Nachrichtendienste dient.

Auch die fachgesetzlichen Ermächtigungsgrundlagen setzen voraus, dass die Datenerhebung - abhängig von der konkreten Aufgabe der jeweiligen Behörde - erforderlich ist,

bspw. § 7 Abs. 3 BKAG, eingehender unten, S. 19.

Die Rückbindung an eine Entscheidung im Einzelfall, die auf einen Anfangsverdacht, eine konkrete Gefahr oder die Aufklärung bestimmter, nachrichtendienstlich beobachtungsbedürftiger Bestrebungen und Tätigkeiten auf einzelfallbasierter Erkenntnisgrundlage gestützt sein muss, ist damit gewährleistet. Dem entspricht es, dass die Behörden in der Praxis stets im Einzelfall entscheiden, ob eine manuelle Abfrage und somit auch eine Identifizierung eines Telekommunikationsanschlusses anhand dynamischer IP-Adressen erforderlich sind.

d) Keine Gefahr der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten

Die Anwendung des Verfahrens nach § 113 Abs. 1 Satz 3 TKG kann auch nicht zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten verwendet werden, auch wenn die manuelle Bestandsdatenabfrage im Allgemeinen nach § 113 Abs. 2 Satz 1 TKG auch zu diesem Zweck gebraucht werden kann.

27

Einer Verwendung des Verfahrens nach § 113 Abs. 1 Satz 3 TKG steht die Regelung des § 46 Abs. 3 S. 1 OWiG entgegen. Diese Norm schließt Auskunftsverlangen, die durch Art. 10 GG geschützte Informationen betreffen, für das Ordnungswidrigkeitenverfahren aus. Damit wird der geringere rechtfertigende Gehalt der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten gegenüber der Verfolgung von Straftaten zum Ausdruck gebracht.

Entgegen der Annahme der Beschwerdeführer stellt die Auswertung von Verkehrsdaten durch die Telekommunikationsanbieter nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unzweifelhaft einen Eingriff in Art. 10 Abs. 1 GG dar, und zwar auch dann, wenn die Verkehrsdaten nicht selbst herausgegeben, sondern nur als Vorfrage für eine Auskunft genutzt werden sollen,

nochmals: BVerfGE 130, 151 (181 f.).

Somit stellt auch die Mitteilung einer mit Hilfe von Verkehrsdaten zugeordneten dynamischen IP-Adresse eine Auskunft dar, die für das Ordnungswidrigkeitenverfahren verboten bleibt.

5. Übermittlung unrechtmäßig gespeicherter Daten

Ein unverhältnismäßiger Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ergibt sich für § 113 TKG auch nicht aus einer fehlenden Beschränkung der Auskunftspflicht auf „rechtmäßig gespeicherte Daten“.

Zunächst ist festzuhalten, dass kein allgemeiner verfassungsrechtlicher Grundsatz besteht, demzufolge Behörden von Privaten rechtswidrig erlangte Informationen nicht verwerten dürften,

BVerfG (1. Kammer des Zweiten Senats), Beschluss vom 9. November 2010 - 2 BvR 2101/09, NJW 2011, 2417; LG Düsseldorf, Beschluss vom 11. Oktober 2010 - 4 Qs 50/10, NSTZ-RR 2011, 84.

Ein solcher Ausschluss kann vielmehr nur im Einzelfall angenommen werden, wenn das Gewicht des Grundrechtsverstoßes bei der Ermittlung den verfassungsrechtlichen Wert des Ermittlungsanliegens übersteigt.

Praktisch ist uns keine gesetzliche Regelung bekannt, die die Datenerhebung bei privaten Dritten explizit auf rechtmäßig gespeicherte Daten beschränken würde. Dies spricht gegen die Notwendigkeit einer solchen Formulierung. Vielmehr unterstellen entsprechende Normen in aller Regel die Rechtstreue der Normadressaten und überlassen die Behandlung von Fällen, in denen sich ein Rechtsbruch nachweisen lässt, einem eigenen

2+8

Fehlerfolgenregime. Wie gesagt, kann es bei der Feststellung einer solchen Rechtswidrigkeit zu Konsequenzen wie etwa einem Beweisverwertungsverbot kommen.

Schließlich ist auch die Wirksamkeit einer solchen Formulierung anzuzweifeln, da davon auszugehen ist, dass ein Telekommunikationsdiensteanbieter intern nicht zwischen „rechtmäßig“ und „rechtswidrig“ gespeicherten Daten unterscheidet und daher rechtswidrig gespeicherte Daten nicht aussondern wird.

6. Keine Umgehung der Vorschriften zur Verkehrsdatenerhebung

Ein unzulässiger Eingriff in das Grundrecht aus Art. 10 Abs. 1 GG ergibt sich auch nicht aus einer von den Beschwerdeführern befürchteten Umgehung der Vorschriften über die Verkehrsdatenerhebung durch Anfragen nach § 113 TKG i.V.m. den fachgesetzlichen Ermächtigungsgrundlagen.

Die Vorschrift des § 113 Abs. 1 S. 3 TKG a.F. („Ein Zugriff auf Daten, die dem Fernmeldegeheimnis unterliegen, ist nur unter den Voraussetzungen der hierfür einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zulässig.“), deren Wegfall von den Beschwerdeführern gerügt wird, dürfte ohnehin rein deklaratorisch gewesen sein.

vgl. Eckhardt, in: Geppert / Schütz (Hrsg.), BeckOK TKG, 4. Aufl. 2013, § 113 Rn. 41.

Die heutige Formulierung „hierfür [gemeint ist die Bestimmung der Daten anhand der dynamischen IP-Adresse] dürfen Verkehrsdaten auch automatisiert ausgewertet werden“ (§ 113 Abs. 1 S. 3 TKG) macht deutlich, dass es sich um eine Ausnahmeregelung handelt und im Umkehrschluss eine Auswertung von Verkehrsdaten zu anderen Zwecken ausdrücklich nicht zulässig ist. Andernfalls wäre es nicht notwendig gewesen, darauf hinzuweisen, dass für die Identifizierung anhand der dynamischen IP-Adresse die Auswertung von Verkehrsdaten in Betracht kommt. Neben diesem systematischen Argument ist auch aus der Gesetzesbegründung ersichtlich, dass der Gesetzgeber die Auswertung von Verkehrsdaten stets nur für die Identifizierung der dynamischen IP-Adresse vorgesehen hat. Die Auswertung von Verkehrsdaten wird dabei nur im Kontext der Ermittlung der IP-Adresse genannt,

vgl. BT-Drs. 17/12034, S. 10, 11, 12, 18,

274
einzige Ausnahme ist die Begründung der Entschädigungsregel in § 41a ZFdG, (BT-Drs. 17/12034 S. 14).

Gleichfalls als eine Ausnahmeregelung ist § 113 Abs. 1 Satz 4 TKG ausgestaltet, der allein für die Verwendung von Verkehrsdaten zur Identifizierung einer dynamischen IP-Adresse die Unternehmen dazu verpflichtet, auf sämtliche ihrer internen Quellen zurückzugreifen. Die Regelung dient nicht dazu, die Unternehmen auch auf rechtswidrig gespeicherte Daten zu verweisen, sondern klarzustellen, dass die in Betracht kommenden Verkehrsdaten nicht aus einer bestimmten Befugnis erhoben worden sein müssen. Diese Klarstellung bot sich an, weil § 113 Abs. 1 TKG die Quellen für die zu erhebenden Bestandsdaten in Satz 1 bereits angegeben hatte.

7. Statistiken und Benachrichtigungspflichten

Entgegen der Darstellung der Beschwerdeführer kann das Fehlen einer gesetzlichen Verpflichtung zur Erstellung einer Statistik über Bestandsdatenzugriffe die Verhältnismäßigkeit der vorliegenden Regelung nicht in Frage stellen.

Es wäre auch unklar, welche Schlussfolgerungen aus einer Statistik über beispielsweise die Geeignetheit oder Erforderlichkeit einer Maßnahme gezogen werden sollen, da Informationen über die Häufigkeit einer Maßnahme keine Schlussfolgerungen darauf zulassen, ob die Anordnung der Maßnahme im Einzelfall rechtmäßig war oder nicht. Die manuelle Bestandsdatenabfrage wird aber in aller Regel von den Sicherheitsbehörden des Bundes nur verwendet, wenn die automatisierte Abfrage nicht zum Ziel geführt hat oder eine solche automatisierte Abfrage wie im Fall der Bestandsdatenauskunft zu einer dynamischen IP-Adresse nicht möglich ist. Wäre hier eine Statistikpflicht anzunehmen, müsste dies folgerichtig für praktisch die gesamte Datenverarbeitungstätigkeit der Verwaltung gelten.

Eine Benachrichtigung der von der Abfrage der Bestandsdaten betroffenen Personen muss nicht erfolgen. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz verlangt keine flächendeckende Benachrichtigungspflicht für von der Auskunft nach § 113 TKG betroffene Personen,

BVerfGE 130, 151 (210).

Für die speziellen Fälle der Auskunft anhand einer dynamischen IP-Adresse sowie der Auskunft über Zugangssicherungs_codes ist eine

275

Benachrichtigungspflicht in § 7 Abs. 6 BKAG, § 100j Abs. 4 StPO, § 20b Abs. 6 BKAG, § 22 Abs. 5 BKAG, §§ 26 Abs. 1 S. 3, 22 Abs. 5 BKAG, 8d Abs. 3 BVerfSchG i.V.m. § 4 Satz 1 BNDG/§ 4 b Satz 1 MADG geregelt.

II. Verfassungsmäßigkeit der fachgesetzlichen

Rechtsgrundlagen im Bundesrecht

Die fachgesetzlichen Rechtsgrundlagen in §§ 7 Abs. 3 bis 7, 20b Abs. 3 bis 7, 22 Abs. 2 bis 4 BKAG, § 22a BPolG, §§ 7 Abs. 5 bis 9, 15 Abs. 2 bis 6 ZFdG, § 8d BVerfSchG, § 4 BNDG (ehemals § 2b BNDG a.F.), § 4b MADG, die ähnlich formuliert sind, sind verfassungsgemäß.

1. Eingriffsschwellen für die Bestandsdatenabfrage

a) Grundsätzlich

Das Bundesverfassungsgericht hat die manuelle Bestandsdatenabfrage als einen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung bewertet, dessen Verhältnismäßigkeit gewahrt ist, wenn er auf Grundlage einer normenklaren Befugnis einen Einzelfallbezug wahrt, der sich im Fall des Polizeirechts auf den konkreten Gefahrenbegriff, im Fall der anderen sicherheitsrechtlichen Regelungen auf deren gesetzlichen Auftrag bezieht, siehe bereits oben, S. 6 ff.

Das Bundesverfassungsgericht hat dazu ausgeführt:

„Bezogen auf die Gefahrenabwehr, in die der Gesetzgeber die Gefahrenvorsorge gerade nicht einbezogen hat, ergibt sich bei verständiger Auslegung das Erfordernis einer "konkreten Gefahr" im Sinne der polizeilichen Generalklauseln als Voraussetzung für solche Auskünfte. Diese Schwelle ist freilich niedrig und umfasst auch den Gefahrenverdacht. Ebenso beschränkt sie Auskünfte nicht von vornherein auf Polizeipflichtige im Sinne des allgemeinen Polizei- und Ordnungsrechts. Sie ist damit jedoch nicht so entgrenzt, dass sie angesichts des gemäßigten Eingriffsgewichts unverhältnismäßig wäre. Insbesondere werden damit Auskünfte nicht als allgemeines Mittel für einen gesetzesmäßigen Verwaltungsvollzug ermöglicht, sondern setzen im Einzelfall einen sicherheitsrechtlich geprägten Charakter der betreffenden Aufgabe voraus. Bezogen auf die Nachrichtendienste, die grundsätzlich unabhängig von konkreten Gefahren im Vorfeld tätig werden, fehlt es zwar an einer vergleichbaren Eingriffsschwelle. Dies rechtfertigt sich aber aus deren beschränkten Aufgaben, die nicht unmittelbar auf polizeiliche Maßnahmen ausgerichtet sind, sondern nur auf eine Berichtspflicht gegenüber den politisch verantwortlichen Staatsorganen beziehungsweise der Öffentlichkeit zielen. Im Übrigen ergibt sich auch hier aus dem Erfordernis der Erforderlichkeit im Einzelfall, dass eine Auskunft gemäß § 113

Abs. 1 Satz 1 TKG zur Aufklärung einer bestimmten, nachrichtendienstlich beobachtungsbedürftigen Aktion oder Gruppierung geboten sein muss. Soweit sich Auskünfte auf die Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten beziehen, ergibt sich aus dem Erfordernis der Erforderlichkeit im Einzelfall, dass zumindest ein Anfangsverdacht vorliegen muss.“, BVerfGE 130, 151 (205 f.).

Diese Vorgaben sind durch den in § 113 Abs. 2 TKG angeordneten Einzelfallbezug in Verbindung mit dem Verweis auf die gesetzlichen Aufgaben in den zitierten Befugnisnormen eingehalten.

Diese Normen enthalten den Bezug auf einen Anfangsverdacht, so § 100j Abs. 1 StPO, auf die Verhütung und Verfolgung von Straftaten, so § 2 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 7 Abs. 3 BKAG, auf eine im Einzelfall bestehende Gefahr für Zeugen, § 26 Abs. 1 BKAG, auf die konkrete Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes einer Person, so § 22a BPolG, oder auf die allgemeinen gesetzlichen Aufgabenbestimmungen für die Nachrichtendienste, § 8d BVerfSchG, § 4 BNDG (ehemals § 2b BNDG a.F.), § 4b MADG. Die nachrichtendienstliche Aufgabe der Informationssammlung ist dabei nach den jeweiligen Aufgabennormen auf die Aufklärung bestimmter Beobachtungsobjekte beschränkt, für die Verfassungsschutzbehörden etwa sind dies nach § 3 Abs. 1 BVerfSchG spezielle Bestrebungen oder Tätigkeiten bestimmter Personenzusammenschlüsse, Einzelpersonen oder fremder Mächte; Voraussetzungen ist jeweils das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte (§ 4 Abs. 1 Satz 3 BVerfSchG), also ein nachrichtendienstlicher Anfangsverdacht.

b) *Insbesondere: Auskunft zur Erfüllung einer Zentralstellenfunktion*
Ein unverhältnismäßiger Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung wird auch nicht durch die Tatsache begründet, dass Bundeskriminalamt, Bundespolizei und Zollkriminalamt – ggf. auch im Rahmen einer Zentralstellenfunktion – Auskunft über Bestandsdaten einholen können. Die jeweiligen Befugnisnormen entsprechen der oben zitierten Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts, dass

„Auskünfte nicht als allgemeines Mittel für einen gesetzesmäßigen Verwaltungsvollzug ermöglicht [werden sollen], sondern [...] im Einzelfall einen sicherheitsrechtlich geprägten Charakter der betreffenden Aufgabe voraus[setzen].“ BVerfGE 130, 151 (206).

Dass § 7 Abs. 3 S. 1 BKAG auch eine Erhebung von Bestandsdaten zur Erfüllung der Aufgabe des Bundeskriminalamtes als Zentralstelle nach § 2 Abs.

2 Nr. 1 BKAG zulässt, verstößt auch nicht gegen diese Vorgaben. § 2 Abs.

2 Nr. 1 BKAG weist dem BKA die Aufgabe zu, Informationen zu sammeln und auszuwerten, die für die Wahrnehmung der in § 2 Abs. 1 BKAG beschriebenen Aufgabe erforderlich sind. Nach § 2 Abs. 1 BKAG unterstützt das Bundeskriminalamt als Zentralstelle für das polizeiliche Auskunfts- und Nachrichtenwesen und für die Kriminalpolizei die Polizeien des Bundes und der Länder bei der Verhütung und Verfolgung von Straftaten mit länderübergreifender, internationaler oder erheblicher Bedeutung. Nur zu diesen Zwecken ist eine Bestandsdatenabfrage erlaubt. Auf die anderen Absätze von § 2 BKAG nimmt § 7 Abs. 3 BKAG ausdrücklich nicht Bezug. Es bleibt offen, für welche Aufgaben jenseits der Aufklärung von Straftaten und der Abwehr konkreter Gefahren die Beschwerdeführer hier eine unverhältnismäßige Abfrage von Bestandsdaten befürchten.

Insbesondere fallen die Bestandsdatenabfragen damit nicht ins Feld der bloßen Gefahrenvorsorge. Denn mit dem Hinweis auf die Gefahrverhütung öffnet das Gesetz die Bestandsdatenabfrage lediglich einer auf spezielle individualisierte Tatsachen begründeten Form der Gefahrenabwehr, die zwar nicht immer dem Wahrscheinlichkeitsmaßstab des klassischen Begriffs der konkreten Gefahr entspricht, aber doch auf konkrete gefahrbe gründende Sachverhaltselemente angewiesen bleibt - und damit von einem konturlosen Vorsorgekonzept zu unterscheiden ist,

vgl. zu dieser Erweiterung des klassischen konkreten Gefahrenbegriffs: BVerfG, Urteil vom 20. April 2016, 1 BvR 966/09 - 1 BvR 1140/09 - Tz. 112.

Nach § 7 ZFdG darf das Zollkriminalamt zur Erfüllung seiner Aufgaben als Zentralstelle nach § 3 ZFdG Bestandsdaten automatisiert abfragen. Zu diesen Fallkonstellationen gehören nach dem Willen des Gesetzgebers auch die Amts- und Rechtshilfe gem. § 3 Abs. 6 ZFdG und die Gefahrenabwehr im Rahmen der Unterstützung anderer Behörden gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 ZFdG,

BT-Drs. 17/12034, S. 14.

c) *Bestandsdatenabfrage zur Erfüllung sonstiger gesetzlicher Aufgaben:* § 20b Abs. 3, 22 Abs. 2, 26 Abs. 1 S. 3 BKAG, 22a BPolG, 15 Abs. 2 ZFdG
Auch die anderen Normen des BKAG, des BPolG und des ZFdG weisen den erforderlichen Einzelfallbezug auf.

278

So steht § 20b Abs. 3 BKAG in Bezug zu § 20b Abs. 1 und 2 BKAG, die sich auf § 4a Abs. 1 BKAG beziehen und damit auch an die Abwehr von konkreten Gefahren des internationalen Terrorismus anknüpfen,

vgl. BT-Drs. 17/12034, S. 20.

In § 26 Abs. 1 BKAG ist ausdrücklich eine im Einzelfall bestehende Gefahr vorausgesetzt. Der von ihm in Bezug genommene § 22 BKAG verweist auf die Aufgaben nach § 5 BKAG (Personen- und Objektschutz). Dort ist zwar nicht ausdrücklich von einer im Einzelfall bestehenden Gefahr die Rede, es wird jedoch konkret festgelegt, welche Personen und Dienst- und Wohnsitze umfasst sind. Aus dem hohen verfassungsrechtlichen Gewicht der Schutzgüter Leib, Leben und Freiheit der Person folgt die Pflicht des Staates, Leben und körperliche Unversehrtheit des Einzelnen zu schützen und ihn vor rechtswidrigen Eingriffen durch andere zu bewahren,

BVerfGE 141, 220 (267 f.); 115, 320 (346 f.).

Dieser Schutzpflicht dienen auch die Aufgaben des Personenschutzes - und mittelbar auch die Aufgaben des Objektschutzes - in § 5 BKAG.

Sofern das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum BKA-Gesetz den Verweis auf die Aufgaben des Bundeskriminalamtes nach §§ 5 und 6 BKAG in § 20v Abs. 4 S. 2 Nr. 2 BKAG für zu unbestimmt hielt, ist zu berücksichtigen, dass diese Vorschrift (auch) die Nutzung von Daten betrifft, die aus Wohnraumüberwachungen oder Online-Durchsuchungen, und damit aus deutlich eingriffsintensiveren Maßnahmen als einer bloßen Bestandsdatenabfrage, gewonnen wurden. Dementsprechend hatte das Bundesverfassungsgericht angeordnet, dass diese Vorschrift während der Dauer ihrer Fortgeltung nur im Falle einer dringenden Gefahr (bei Daten aus Wohnraumüberwachungen) bzw. einer im Einzelfall drohenden Gefahr (bei Daten aus Online-Durchsuchungen) für die jeweils maßgeblichen Rechtsgüter (z.B. der nach § 5 BKAG geschützten Personen) eine Weiterverwendung der Daten gestatten.

BVerfGE 141, 220 (352).

Da § 22 Abs. 2 BKAG lediglich die Auskunft über Bestandsdaten ermöglicht und damit in seiner Eingriffsintensität weit hinter Wohnraumüberwachungen und Online-Durchsuchungen zurückbleibt, ist die Bestimmtheit der Formulierung nicht an den gleichen strengen Maßstäben zu messen. Die

beschriebene Konkretisierung der geschützten Personen und Objekte in § 5 BKAG stellt danach den erforderlichen Einzelfallbezug her.

§ 22a BPolG verweist auf § 21 Abs. 1 und 2 BPolG, der wiederum eine Aufgabe nach § 1 Abs. 2 BPolG voraussetzt. Darüberhinaus setzt § 22a Abs. 1 BPolG voraus, dass das Auskunftsverlangen der Erforschung des Sachverhalts oder der Ermittlung des Aufenthaltsortes einer Person dient, wodurch ebenfalls ein ausreichender Einzelfallbezug gesichert ist.

§ 15 Abs. 2 ZFdG schließlich bezieht sich auf § 4 Abs. 2 bis 4 ZFdG und damit auf die Mitwirkung an Maßnahmen zur Verhütung und Aufdeckung von Straftaten sowie zur Vorsorge für deren Verfolgung. Näherer Prüfung bedarf hier allein die Einbeziehung der Vorsorgeaufgaben in § 4 Abs. 2 und 3 ZFdG, die über den Maßstab einer individuell tatsachenbasierten Abfragebefugnis hinausgehen könnten. Freilich dürfte eine allein auf Vorsorge abzielende Abfrage schon wegen § 113 Abs. 2 Satz 1 TKG ausgeschlossen sein, da der Einzelfallbezug eine auf Vorsorge bezogene Abfrage praktisch ausschließt. Ergänzend erscheint eine verfassungskonforme Einschränkung der Verweisnormen möglich, die diese auf die Aufgaben der Gefahren- und Straftatenverhütung beschränkt.

d) Nachrichtendienstliche Zugriffsrechte

Auch die nachrichtendienstlichen Zugriffsrechte sind mit dem Grundgesetz vereinbar.

Es stellt keine Verletzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung dar, dass § 8d BVerfSchG (ggf. in Verbindung mit § 4 BNDG, § 4b MADG) eine Auskunft „zur Erfüllung der Aufgaben“ des jeweiligen Nachrichtendienstes zulässt. Das Fehlen einer besonderen Eingriffsschwelle für die Tätigkeit der Nachrichtendienste rechtfertigt sich nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus den beschränkten Aufgaben der Nachrichtendienste. Sie sind lediglich auf die Erforschung, mithin nicht unmittelbar auf polizeiliche Maßnahmen gerichtet und unter der Maßgabe informationeller Trennung gegenüber der Vollzugspolizei wahrzunehmen. Damit korrespondieren nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die relativ geringen Eingriffsschwellen,

vgl. BVerfGE 120, 274 (330); BVerfGE 130, 151 (206); BVerfGE 133, 277 (325).

219

Insofern hat das Bundesverfassungsgericht angenommen, dass sich aus dem Erfordernis der Erforderlichkeit im Einzelfall ergibt, dass eine Auskunft gem. § 113 Abs. 1 S. 1 TKG a.F. zur Aufklärung einer bestimmten nachrichtendienstlich beobachtungsbedürftigen Aktion oder Gruppierung geboten sein muss, ohne dass dieses Erfordernis in dieser Vorschrift speziell geregelt werden müsste, weil es in Bezug auf die gesetzlichen Aufgaben dieser erhebenden Stellen eingeschlossen ist. Es hat daher § 113 Abs. 1 S. 1 TKG a.F. unter diesem Gesichtspunkt als verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden beurteilt,

BVerfGE 130, 151 (205 f.).

Insofern unterscheidet sich § 113 Abs. 2 TKG nicht von seiner Vorgängervorschrift.

e) Insbesondere: Eingriffsschwellen für die Identifizierung von dynamischen IP-Adressen

Die Bestandsdatenauskünfte, die sich dynamischer IP-Adressen bedienen, genügen den Anforderungen des Art. 10 GG.

Es stellt insbesondere keinen unverhältnismäßigen Eingriff in das Grundrecht aus Art. 10 Abs. 1 GG dar, dass die Bestandsdatenauskunft anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen IP-Adresse unter denselben Voraussetzungen wie die Bestandsdatenauskunft im Übrigen verlangt werden darf (vgl. z.B. § 7 Abs. 4 BKAG). Die Festlegung erhöhter Eingriffsschwellen ist verfassungsrechtlich nicht geboten. Vielmehr ergibt sich aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ausdrücklich, dass für die Verwendung von Verkehrsdaten für die Ermittlung der Anschlussinhaber bestimmter IP-Adressen zur Erfüllung von behördlichen Auskunftsansprüchen weniger strenge verfassungsrechtliche Maßstäbe gelten als für die Abfrage und Verwendung von Verkehrsdaten selbst,

siehe oben, S. 13 f.

Derartige Auskunftsansprüche können unabhängig von begrenzenden Rechtsgüter- oder Straftatenkatalogen vorgesehen werden,

nochmals BVerfGE 125, 260 (343).

Auch die für eine Abfrage durch die Nachrichtendienste bestehende Voraussetzung, dass die Auskunft zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sein muss, ist, wie bereits oben dargelegt, ausreichend, da sichergestellt ist,

281

dass die Erforderlichkeit der Identifizierung in jedem Einzelfall geprüft wird.

2. Abfrage von Zugangssicherungs-codes

Die Rechtsgrundlagen für die Anforderung von Zugangssicherungs-codes (§§ 7 Abs. 3 Satz 2, 20b Abs. 3 Satz 2, 22 Abs. 2 Satz 2 BKAG, §§ 26 Abs. 1 Satz 3 i.V.m. 22 Abs. 2 Satz 2 BKAG, § 22a Abs. 1 Satz 2 BPolG, §§ 7 Abs. 5 Satz 2, 15 Abs. 2 Satz 2 ZFdG, § 8d Abs. 1 Satz 2 BVerfSchG, § 4 BNDG und § 4b MADG verletzen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung nicht.

a) Materieller Maßstab für die Abfrage von Zugangssicherungs-codes

Die Befugnisnormen entsprechen den materiellen verfassungsrechtlichen Vorgaben, die sich aus dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ergeben.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zur alten gesetzlichen Regelung der Bestandsdatenabfrage den Zugriff auf Zugangssicherungs-codes als einen grundsätzlich rechtfertigungsfähigen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung bewertet,

BVerfGE 130, 151 (207).

Beanstandet hat es in der Regelung des § 113 Abs. 1 Satz 2 TKG a.F. allerdings das Vorliegen einer nutzungsunabhängigen Zugriffsnorm, die es den Behörden gestattet, unter geringeren Voraussetzungen Zugriff auf die Codes zu bekommen, als es nach den allgemeinen verfassungsrechtlich gebotenen Nutzungsbedingungen der Fall wäre,

BVerfGE 130, 151 (208 f.).

Im Ergebnis haben sich solche Zugriffsnormen damit an den gesetzlichen Vorgaben zu orientieren, die für die Nutzung der gesicherten Daten gelten.

Der Verweis auf diese Einschränkung ist im Rahmen der beschwerdegegenständlichen Neuregelung in alle gesetzlichen Befugnisregelungen einbezogen worden. Vgl. nochmals §§ 7 Abs. 3 Satz 2, 20b Abs. 3 Satz 2, 22 Abs. 2 Satz 2 BKAG, §§ 26 Abs. 1 Satz 3 i.V.m. 22 Abs. 2 Satz 2 BKAG, § 22a Abs. 1 Satz 2 BPolG, §§ 7 Abs. 5 Satz 2, 15 Abs. 2 Satz 2 ZFdG, § 8d Abs. 1 Satz 2 BVerfSchG i.V.m. § 4 Satz 1 BNDG/ 4 b Satz 1 MADG.

2182

b) *Normenklarheit der Rechtsgrundlagen*

Die Regelungen verstoßen auch nicht gegen den Grundsatz der Normenklarheit.

Die Vorschriften regeln die Voraussetzungen für den Abruf von Zugangssicherungs-codes hinreichend bestimmt. Sie enthalten Formulierungen, die hier beispielhaft am Fall des BKAG untersucht werden sollen: § 7 Abs. 3 Satz 2 BKAG ordnet an, dass ein Auskunftsverlangen, dass sich auf Daten bezieht, mit deren Hilfe der Zugriff auf Endgeräte geschützt werden soll, nur dann zulässig ist, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für die Nutzung der durch den Zugangscode gesicherten Daten vorliegt.

Der durch den Gesetzgeber vorgenommene Verweis erschwert die Auslegung der Befugnisnorm nicht in einer Art und Weise, die mit dem Gebot der Normenklarheit im Konflikt geraten könnte,

vgl. allgemein zu den Maßstäben BVerfGE 130, 151 (202).

Die Beschwerdeführer haben nicht dargelegt, inwieweit der Verweis der Regeln auf die allgemeinen Maßstäbe der Nutzung mit der Maßgabe der Normenklarheit in Konflikt geraten sollte. Insbesondere haben sie keine Normen genannt, die die Nutzung einer Abfrage beschränkt und deren Auslegung besondere Probleme aufwerfen könnte.

c) *„Subsidiarität“ der Abfrage von Zugangssicherungs-codes?*

Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung wird auch nicht dadurch unverhältnismäßig eingeschränkt, dass die Subsidiarität der Abfrage von Zugangssicherungs-codes im Gesetz nicht ausdrücklich geregelt ist. Wie bereits dargelegt, kann eine Abfrage nach § 113 TKG nur nach einer Einzelfallprüfung ergehen. Im Falle der Abfrage von Zugangssicherungs-codes ist zusätzlich nach dem jeweiligen Fachrecht grundsätzlich eine Befassung des Behördenleiters und eines Gerichts bzw. der G 10 Kommission erforderlich. Soweit dies verfassungsrechtlich geboten ist, enthalten zudem die in Frage kommenden Normen, die die Nutzung der abgefragten Daten beschränken, besondere Verhältnismäßigkeitsregelungen.

Entsprechend wurde das Fehlen einer Subsidiaritätsregel vom Bundesverfassungsgericht für § 113 TKG a.F. auch nicht beanstandet.

2193

d) Richtervorbehalt für Zugriff auf Zugangssicherungs-codes

Die gesetzliche Synchronisierung der Erhebungsvoraussetzungen mit den tatbestandlichen Voraussetzungen der Datennutzung gilt auch für die verfahrensbezogenen Voraussetzungen. Im Fall der Vorbereitung einer Telekommunikationsüberwachung schließt dies auch die einschlägigen Vorbehalte unabhängiger Entscheidung - durch den Richter oder die G 10-Kommission - ein. Werden hingegen minderschwere Folgeeingriffe durch die Erhebung des Zugangssicherungs-codes vorbereitet, ist es entsprechend angemessen, die bloße Vorbereitungsmaßnahme nicht an höhere Anforderungen zu binden.

Das Bundesverfassungsgericht hat dies für das Beispiel einer strafprozessrechtlichen Beschlagnahme ausdrücklich bestätigt und Anforderungen auf den jeweils konkret erstrebten Nutzungszweck bezogen,

BVerfGE 130, 151 (208 f.).

Im Ergebnis sind mithin besondere Verfahrensvoraussetzungen, die über die Anforderungen der bezweckten Nutzung hinausgehen, nicht erforderlich, sondern die gesetzlich allgemein gewährleistete Synchronisierung mit den Anforderungen der Folgenutzungen auch im Hinblick auf den Richtervorbehalt hinreichend.

Insoweit gehen weitergehende Regelungen des Fachrechts sogar über verfassungsrechtliche Anforderungen hinaus, vgl. z. B. § 7 Abs. 5 Satz 1 BKAG, § 20b Abs. 5 BKAG, § 22 Abs. 4 BKAG, §§ 26 Abs. 1 S. 3 i.V.m. 22 Abs. 4 BKAG, § 22a Abs. 3 Satz 1 BPolG, § 7 Abs. 7 Satz 1 ZFdG, § 100j Abs. 3 StPO.

Der Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung wird auch nicht durch die Entbehrlichkeit einer gerichtlichen Entscheidung in solchen Fällen, in denen der Betroffene Kenntnis von der Abfrage der Zugangssicherungs-codes hat oder haben muss, unverhältnismäßig.

Mit dieser Annahme verkennen die Beschwerdeführer, dass es die Heimlichkeit einer Ermittlungsmaßnahme ist, die besondere Verfahrenssicherungen wie den Vorbehalt richterlicher Anordnung erfordern kann,

BVerfGE 120, 274 (331).

Mit dem Richtervorbehalt soll in diesem Fall nämlich die vorbeugende Kontrolle einer Ermittlungsmaßnahme durch eine neutrale Instanz in einer Situation ermöglicht werden, in der der Betroffene wegen der Heimlichkeit im Voraus nicht selbst um Rechtsschutz nachsuchen kann. Wenn der

284

Betroffene Kenntnis vom Herausgabeverlangen hat oder haben muss, z.B. weil das Endgerät bei ihm beschlagnahmt wurde oder weil er auf die Möglichkeit der Abfrage beim Anbieter hingewiesen wurde, ist ein richterlicher Beschluss entbehrlich,

vgl. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - BT-Drs. 17/12879, S. 11; Bär, MMR 2013, 700, 703 f.

Diese Konstellation unterscheidet sich charakteristisch von dem Richtervorbehalt, der beispielsweise für eine Hausdurchsuchung ausdrücklich in Art. 13 Abs. 2 Satz 1 GG angeordnet ist. Mit diesem wird die für die Persönlichkeit besonders relevante Unverletzlichkeit der Wohnung einem besonderen Schutz unterworfen. Der Zugang zur Wohnung lässt sich in seiner Eingriffsintensität aber nicht mit dem hier in Rede stehenden Eingriff vergleichen, denn zum einen ist es dem Benutzer eines Endgerätes möglich, dieses zu wechseln oder auf andere Geräte zurückzugreifen, zum anderen ist die Bedeutung eines Endgerätes nicht mit der Persönlichkeitsrelevanz der Wohnung zu vergleichen.

Schließlich begegnen auch die üblichen Ausnahmen vom Richtervorbehalt für den Fall einer Gefahr im Verzug keinerlei Bedenken, wie sich a fortiori aus Art. 13 Abs. 2 Satz 1 GG ergibt.

III. § 15 Abs. 5 Satz 4 TMG

Auch die Bedenken der Beschwerdeführer des Verfahrens 1 BvR 1732/14 hinsichtlich der Verfassungskonformität des § 15 Abs. 5 Satz 4 TMG gehen ins Leere.

Diese Norm begründet keine eigenständige Auskunftspflicht.

ebenso Roßnagel, Das Telemediengesetz - Neuordnung für Informations- und Kommunikationsdienste, NVwZ 2007, 743 (748).

§ 15 Abs. 5 Satz 4 TMG erklärt § 14 Abs. 2 TMG für entsprechend anwendbar. Danach darf ein Diensteanbieter auf Anordnung der zuständigen Stellen im Einzelfall Auskunft über Bestandsdaten (bzw. entsprechend über Abrechnungs- und Nutzungsdaten) erteilen, soweit dies für die gesetzliche Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden erforderlich ist. Die Norm öffnet den Weg für eine rechtmäßige Übermittlung der Daten durch den Diensteanbieter. Diese Übermittlung setzt aber auf Seiten der Behörde das Vorliegen einer Ermächtigungsgrundlage für den Datenabruf voraus,

245

Spindler/Nink, in: Spindler/Schuster, Recht der elektronischen Medien, 3. Aufl. 2015, § 14 TMG Rn. 6.

Solche Grundlagen finden sich in den einschlägigen Fachgesetzen wie der StPO, den Verfassungsschutzgesetzen, dem BND-Gesetz und dem Gesetz über den MAD,

BT-Drs. 16/3078, S. 16.

§ 15 Abs. 5 Satz 4 TMG i.V.m § 14 Abs. 2 TMG ist mit der Öffnungsnorm des § 113 Abs. 1 TKG vergleichbar, der ebenfalls eine korrespondierende fachgesetzliche Abrufnorm voraussetzt,

vgl. BT-Drs. 16/3135, S. 2; Hoeren, Das Telemediengesetz, NJW 2007, 801 (805).

Insofern führte § 14 Abs. 2 TMG zur Unterscheidung zwischen Öffnungsklausel und Auskunftspflicht, noch bevor diese - in Folge der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung - für § 113 TKG etabliert wurde,

vgl. insofern die ausdrückliche Unterscheidung in BT-Drs. 16/3135, S. 2.

Die „zuständigen Stellen“ sind entgegen der Auffassung der Beschwerdeführer in § 14 Abs. 2 TMG bestimmt aufgezählt und abschließend geregelt,

Spindler/Nink, in: Spindler/Schuster, Recht der elektronischen Medien, 3. Aufl. 2015, § 14 TMG Rn. 6.

Diese weitere Auskunftsverpflichtung „zur Durchsetzung des Rechts am geistigen Eigentum“ stellt eine zwingende Umsetzung von Art. 8 der Richtlinie 2004/48/EG vom 29. April 2004 dar,

BT-Drs. 16/3078, S. 16,

so dass eine vorrangige Überprüfung an den Grundrechten des Grundgesetzes grundsätzlich nicht in Betracht kommt.

IV. Wahrung des Zitiergebots

Das Zitiergebot aus Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG wurde gewahrt.

In Art. 9 des Gesetzes vom 20. Juni 2013, BGBl. 2013 I, S. 1602 wird der Eingriff der gesetzlichen Regelungen in Art. 10 GG angeführt.

216

Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG gebietet, dass ein Gesetz, das ein Grundrecht einschränkt, dieses Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen muss. In der Auslegung des Bundesverfassungsgerichts kommt dem Zitiergebot eine Warn- und Besinnungsfunktion zu,

BVerfGE 5, 13 (16); 35, 185 (188 f.); 85, 386 (403 f.); 120, 274 (343); 130, 1 (39).

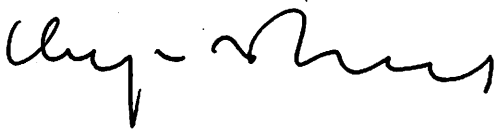
Diese wird dadurch erfüllt, dass der Gesetzgeber zum Ausdruck bringt, dass er sich der geplanten Grundrechtseinschränkung bewusst ist. Die Nennung der Grundrechtseinschränkung in einem Artikel eines Artikelgesetzes erfüllt diese Funktion und wahrt damit das Zitiergebot,

Huber, in: v. Mangoldt/Klein/Stark, GG, Bd. 1, 6. Aufl. 2010, Art. 19 Abs. 1 Rn. 98; Singer, DÖV 2007, 496, 500.

Das zusätzliche Zitat des Eingriffs in Art. 10 GG in den §§ 8d BVerfSchG, 4 BNDG, 4b MADG wurde aus Gründen der Einheitlichkeit aufgenommen, da auch in anderen Paragrafen der genannten Gesetze die Grundrechtseinschränkung besonders erwähnt wurde,

BT-Drs. 17/12034, S. 15.

Dies steht der Einhaltung des Zitiergebots durch Art. 9 des Artikelgesetzes nicht entgegen.



Berlin, 26. 10. 2017

Christoph Möllers